

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Anstänger vierteljährlich 3.00, monatlich 1.30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 126.

Montag, den 2. Juni 1919.

26. Jahrg.

Offene Verhandlungen und ein offener Friede.

Die deutschen Gegenwortsätze in Versailles kommen den Forderungen der siegreichen Feinde außerordentlich weit entgegen. Deutschland erklärt seine Bereitschaft in der Entwaffnung der ganzen übrigen Welt voranzugehen und seine Sicherheit in der Zukunft lediglich auf den Völkerverbund zu stellen. Es verzichtet auf die polnischen Teile von Posen und Westpreußen, es verzichtet auf Elsaß-Lothringen, es will 100 Milliarden Kriegsschuldigkeiten zahlen, zahlen und arbeiten bis zur Grenze seiner Kraft und Existenzmöglichkeit, es will alle seine Taten zur Prüfung einem unparteiischen Gericht unterwerfen. Damit hat Deutschland alles zugestanden, was es erfüllen kann, alles hergegeben, was es zum nächsten Leben nicht unbedingt braucht.

War es klug, so weit zu gehen? Unleugbar besteht die Gefahr, daß die Gegner jetzt zu verhandeln beginnen, um Deutschland weitere Zugeständnisse abzupressen und daß dann am Ende ein Friedensvertrag herauskommt, der auch so hart wird, daß er nicht innegehalten werden kann. Dann hätten wir den Schein einer Verhandlung und einer freiwilligen Zustimmung auf uns genommen und wären moralisch wie materiell in der denkbar unglücklichsten Lage. Die Stimmen sind deshalb nicht selten, und manche beachtenswert, die das gegenwärtige Vorgehen der deutschen Regierung und Friedensdelegation für taktisch nicht klug genug erklärt, die gewünscht hätte, daß Deutschland lieber weniger gleich auf den ersten Schlag zugestanden hätte, um dann im Verlaufe der Verhandlungen noch zulegen zu können.

Wir neigen indessen dem anderen Urteile zu. Wir erstreben ja vor allem den Abschluß des Friedens, um endlich einmal aus dem Krieg und dem Druke der ständigen Angst vor neuem Gemetzel und neuem feindlichen Vormarsch herauszukommen. Wir sind deshalb auch entschlossen — das ist ja für die Welt längst kein Geheimnis mehr — alles zu unterzeichnen, was nicht einfach unmöglich und widersinnig ist. Deshalb ist es unser Hauptbemühen, zu Verhandlungen zu kommen. Wir wissen auch heute noch nicht, ob uns das gelingt. Bleibt die Entente bei ihrer Weigerung, mit den deutschen Friedensunterhändlern Rede und Gegenrede zu wechseln, dann wird uns eines Tages der Friedensvertrag der Entente mit dem Ultimatum vorgelegt. Fröh Vogel oder stirb! Unsere Unterschrift können wir dann nicht geben, weil sie uns nichts nützt. Sie bereite uns nicht von dem Hunger, der ständiger Gast bei uns würde, sie verschaffe uns keine Atempause zur Wiederaufnahme einer ordentlichen wirtschaftlichen Tätigkeit und sie schütze uns nicht einmal vor dem feindlichen Einmarsch. Denn bereits nach wenigen Tagen würde sich herausstellen, daß wir die unterzeichneten Bedingungen nicht erfüllen, weil wir sie nicht erfüllen können, und wenn die Entente wollte, könnte sie dann ihren Truppen sofort Marschbefehl geben — gegen die deutschen Friedensbrecher, die schon wieder von ihnen unterschriebene Verträge wie einen „Gegen-Papier“ behandeln. Wir müßten also unsere Unterschrift verweigern, und dann folgte der feindliche Einmarsch mit den durchaus noch genügend zuverlässigen Truppen, über welche die Entente verfügt, dann würde um Deutschland der neue Hungerring geschlossen und die Pläne auf Zerstückung der deutschen Nation in kleine Staatenplitter würden alsbald tatkräftig vorwärtsgetrieben werden. Wir müssen das auf uns nehmen, wenn die Feinde uns keinen anderen Ausweg lassen. Vorher aber müssen wir das Neckerste versuchen, diesem Schicksal durch Verhandlungen zu entgehen, der verhängnisvollen Wahl zwischen Tod durch eigene oder durch fremde Hand auszuweichen.

Erst einmal zu Verhandlungen kommen! Das ist Sinn und Ziel des deutschen Gegenwortsatzes. Aber auf der anderen Seite steht es fest, daß die Entente sich nur sehr schwer dazu entschließen wird, ihr mühsam zusammengelerntes Werk der Feuerprobe einer mündlichen Erörterung des Für und Wider auszuweichen. Deshalb mußte der deutsche Gegenwortsatz, wenn er dazu dienen sollte, Verhandlungen herbeizuführen, den Gegnern bis zur äußersten Grenze entgegenkommen. Daß er dies wirklich tut, ist von keinem einzigen Blatt in Deutschland bestritten worden.

Nun liegt das Schicksal der Welt in den Händen der Entente. In den Tagen um Pfingsten werden die vier, die vier starken Männer von Versailles uns fundiert, ob eine Möglichkeit offen bleibt, die Welt nach den vierdreiviertel Schreckensjahren des Krieges zu ordnen oder ob sie durch das vollständige Chaos hindurch muß. Deutschland hat schwere Schuld getragen. Es hat sie reichlich durch kein Debakel gesüht. Es ist bereit, alle Folgen auf sich zu nehmen. Wenn man ihm nur das Leben läßt. Ob man das will, oder ob man entschlossen ist, ein deutsches Reich und einen Staat Preußen nicht länger existieren zu lassen, und das deutsche Volk weiter durch Hunger zu deprimieren, das ist die Frage, welche die deutschen Gegenwortsätze der Entente stellen. Der Druk der Spannung ist fast unerträglich geworden. Ganz Deutschland ist in zitternder Unruhe. Niemand ist mit der Regierung zufrieden. Niemand kann mit ihr zufrieden

sein, denn sie kann unter dem Druke der Verhältnisse nichts Positives leisten. Sie kann zu arbeiten erst beginnen, wenn wir wieder Lebensfähigkeit haben. In wenigen Tagen wird die Entscheidung fallen. Das deutsche Volk hat vieles ertragen und bisher das Unglück der Auflösung aller Ordnung und aller staatlichen Bande mit eiserner Festigkeit von sich abzuhalten gewußt. Die Grenze unserer Kraft ist erreicht. Ueberspannt die Entente den Bogen, dann bricht er, dann bricht alles zusammen. In den Händen Clemenceaus, Wilsons, Lloyd Georges und Orlando liegt das Schicksal einer Welt.

Der Verfassungsentwurf.

Der Verfassungsausschuh der Nationalversammlung hat am 1. Juni den Grundrechten mit 11 gegen 10 Stimmen den Art. 44, der das Erbrecht als Wirtschaftsgrundlage der Familie und als Antrieb zu berechtigter Vermögensbildung nach Maßgabe des bürgerlichen Rechts gewährleistet, ferner nach Maßgabe des Reichs und der Länder nach Maßgabe des Gesetzes Anteil am Erbgut nehmen durch Einreichung des Staates unter die gesetzlichen Erben. In Art. 45 (Vorschriften über die Nutzung des Bodens zum Zweck einer gelunden Wohnungs- und Siedlungs-politik) wurde ein Antrag der Sozialdemokraten betreffend Aufhebung der Familienidee kommissarisch angenommen. Eine längere Debatte entstand über den Art. 46 des Abschnitts „Grundrechte und Grundpflichten auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens“. Danach hat das Reich unter anderem darüber zu wachen, daß das wirtschaftliche Leben nicht dem Gewinn einzelner, sondern der Herstellung eines menschenwürdigen Daseins für alle diene. Es kann entsprechende Maßnahmen auf geistlicher Grundlage anordnen und die Ueberführung von Privateigentum in Gemeineigentum vorschreiben. Ferner kann das Reich zum Zweck der Gemeinwirtschaft wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf der Grundlage der Selbstverwaltung zusammenschließen, mit dem Ziel, die Mitwirkung aller schaffenden Volksteile zu sichern, Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung, sowie Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinschaftlichen Grundsätzen zu regeln. Namens der Sozialdemokraten trat Abg. K a h n e in entschieden für diesen Artikel ein, während Vertreter des Zentrums und der Deutschnationalen die Zwangsenteignung bekämpften. Der Deutschnationale Dr. Düringer erklärte, daß der Artikel ohne die Einfügung der von den Deutschnationalen beantragten Entschädigung unannehmbar sei. Der Demokrat Dr. Ublaf betonte, daß Artikel 40 vom sozialdemokratischen Standpunkt an sich nicht nötig wäre, da das Sozialversicherungsrecht bereits dasselbe bestimme. Hier könnten nur die großen Gesichtspunkte festgehalten werden, alles Einzelne müsse man heidonen Gesetzen überlassen. Für seine Partei sei der grundsätzliche Ausschuh der Erlangung von Gewinn eines einzelnen aus seinem Wirtschaftsbetrieb unannehmbar. Er beantragte deshalb, die erste Bestimmung des Artikels zu streichen. Nachdem von sozialdemokratischer Seite verschiedene Konzeptionen gemacht worden waren, wurde die erste Bestimmung gestrichen und weiterhin auf Antrag H i e (3.) die Fassung beschlossen: Das Reich kann durch Gesetz, unbeschadet der Entschädigung, in angemessener Anwendung der für die Enteignung geltenden Bestimmungen für die Bergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überführen. Die Abstimmung über den letzten Satz des Artikels wurde bis zur Entscheidung der Frage des Räteystems ausgesetzt. Art. 47, der bestimmt, daß im Wirtschaftsverkehr Vertragsfreiheit nach Maßgabe der Gesetze gilt, daß der Schutz des Schwachen ein Leitgedanke der Gesetzgebung sein solle, der Mäcker verboten sei, ebenso wie Rechtsgefährte, die gegen die gute Sitte verstößen, wurde mit 14 gegen 3 Stimmen angenommen, unter Streichung des Satzes über den Schutz der Schwachen, der mit Stimmengleichheit von 13 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt wurde. In Art. 49 wird die menschliche Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches gestellt. Hier wurde auf Antrag K a h n e (Soz.) eingefügt: „Das Reich schafft ein einheitliches Arbeiterrecht.“ Unverändert angenommen wurde Art. 50 (Schutz der geistigen Arbeit). Von den weiteren Beschlüssen ist hervorzuheben die Sicherung der Koalitionsfreiheit in Art. 52. Unverändert angenommen wurden Art. 53 (Gewährung freier Zeit für Arbeiter und Angestellten zur Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte und zur Ausübung öffentlicher Ehrenämter), Art. 54 (Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung) und Art. 55, wonach jedem Deutschen die Möglichkeit gegeben werden soll, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. Nachdem nach Art. 56 angenommen worden war, der vom Schutz des Mittelstandes in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel handelt, wurde die Weiterberatung auf Montag vormittag vertagt.

Das Räteystem in der Verfassung.

Der Verfassungsausschuh der Nationalversammlung beabsichtigt, die Verankerung des Räteystems in der Verfassung in Angriff zu nehmen und damit die erste Lesung zum Abschluß zu bringen. In Fraktionskämpfen werden die Parteien sofort zu den Beschlüssen des Ausschusses in erster Lesung Stellung nehmen, so daß am Dienstag die zweite Lesung beginnen kann, die nach den bisherigen Dispositionen bis zum Donnerstag beendet sein soll.

Proklamierung der Rheinischen Republik.

Das Liebewein der Kapitalistenklasse mit den Siegern hat zu einem greifbaren Resultat geführt. Unter verdeckter Mithilfe der Franzosen ist es zur Ausrufung der Republik in

Mainz gekommen. Ein Aufruf an das rheinische Volk lautet:

Der Augenblick ist gekommen, wo es gilt, dem Völkerriede eine Brücke zu bauen. In dieser Stunde der höchsten Not, die auch über sein eigenes Schicksal die Entscheidung bringen soll, verlangt das rheinische Volk, selbst gehört zu werden. Von diesem felsenfesten Entschluß geboren, aus dem von aller Welt anerkanntem Recht der Selbstbestimmung muß jeder Zwang, woher er immer kommt, zurückweichen. Das rheinische Volk will ehrlich und aufrichtig den Frieden, der die Grundlage für die Versöhnung aller Völker bilden wird. Deshalb sagt es sich aus freien Stücken von den Grundübeln, durch die so viele Kriege verursacht, und dem entarteten Feudalismus und Militarismus los. Damit beseitigt es für immer das Hindernis, das sich einem wahren Frieden entgegenstellt. Der Entwurf des Friedensvertrages bedingt einerseits durch die auch von der Regierung anerkannten Forderungen der Gerechtigkeit und Billigkeit, die Frankreich und Belgien zugefügt großen Schäden und Verwüstungen wieder gutzumachen und hinreichende Garantien gegen die Wiederholung neuer Kriege zu schaffen und bedeutet andererseits eine fürchterliche Belastung des deutschen Volkes.

Zur allgemeinen endgültigen Völkerveröhnung von ganzem Herzen beizutragen, ist die vornehmste Pflicht des rheinischen Volkes. Wir erklären daher folgendes:

Es wird eine selbständige Rheinische Republik „im Verbände des Deutschen Reiches als Friedensrepublik“ errichtet, die das Rheinland, Altsachsen, Rheinhesen und die Rheinpalz umfaßt. Die Errichtung geschieht auf folgender Grundlage: 1. Die Grenzen bleiben die alten. Birkenfeld wird einbezogen. 2. Zu Grenzänderungen bedarf es der Zustimmung der betreffenden Volksteile, die im Wege der Volksabstimmung festgestellt wird. Die vorläufige Regierung wird durch Delegierte der unterzeichneten Ausschüsse ausgeübt. Die Erlaubnis zur unverzüglichen Vornahme der Wahlen zu der Rheinischen Landesversammlung auf der Grundlage des Wahlrechts zur deutschen Nationalversammlung und deren baldige Einberufung wird sofort nachgejucht werden. Als Ort für den Sitz der Regierung und für den Zusammentritt der Landesversammlung gilt Koblenz. Die vorläufige Regierung hat ihren Sitz einstweilen in Wiesbaden. Die Landes- und Kommunalbehörden üben bis auf weiteres ihre bisherige amtliche Tätigkeit aus. An Stelle der preussischen, bayerischen und hessischen Zentralregierung tritt die vorläufige Regierung der Rheinischen Republik. Es lebe die Rheinische Republik!

Aachen, Mainz, Speyer, Wiesbaden, 1. Juni 1919.
Der Rheinische Arbeitsausschuh. Der Vereinigte Kaufmännische Rheinische Arbeitsausschuh. Der Pfälzische Arbeitsausschuh.

Sonntag früh erschien in Frankfurt aus Wiesbaden ein Auto, dessen Insassen, angeblich in amtlichem Auftrage des französischen Kommandeurs von Wiesbaden, eine große Anzahl von Plakaten brachten, auf denen die heute erfolgte Ausrufung der Altnassauischen Republik in Wiesbaden, der Rheinischen Republik in Koblenz und der Pfälzischen Republik in Speyer veründet wurde. Die Plakate sollten öffentlich angeschlagen werden, aber die deutschen Behörden verweigerten dies, da die Plakate keine Unterschrift trugen.

Wir haben am Sonnabend im Leitartikel diese Frage ausführlich behandelt. Wir können heute nur wiederholen, daß dieses unverantwortliche Treiben in der schwersten Stunde Deutschlands zu dessen größtem Nachteil ist. Das letzte Wort haben diese „Patrioten“ aber nicht.

Kriegsheker an der Arbeit.

Idioten und Verbrecher, die an dem durch den Krieg geschaffenen Elend noch nicht genug haben, sind trotz uneres unheilvollen Zusammenbruchs immer noch am Werke gewesen, nationalistische Hege zu treiben, um dem deutschen Volk ein noch grauenvolleres Schicksal zu bereiten. Diese Wirrköpfe hat man nach Gebühr getennzeichnet. Jetzt stellt sich heraus, daß auch in der Obersten Heeresleitung der Wahnsinn umgehört. Denn anders kann der Vorgang nicht bezeichnet werden, der sich dort abgespielt hat. Sie erließ nämlich am 21. Mai eine Rundfrage, um ein klares Bild darüber zu bekommen, wie die Bevölkerung zu einer etwaigen Wiederaufnahme des Krieges stehe.

Die Reichsregierung hat zwar am gleichen Tage, als sie davon Kenntnis erhielt, ihre Mißbilligung darüber ausgesprochen und sofortige Einstellung der Rundfrage angeordnet. Das hatten wir für selbstverständlich und wir fordern, daß mit diesen Himmelsstürmern ein ernstes Wort gesprochen wird. Leute mit solch vagem Verantwortlichkeitsgefühl müssen endgültig ausgespielt haben. Welche Wirkung wird das Ganze auf die Arbeiter und die Friedensverhandlungen haben? Diese sich von selbst ergebenden Folgerungen finden in der Militärkaste keinen Eingang. Diese müßte sich auch selbst sagen, daß sie beim letzten Verjuche, einen neuen Krieg zu entfachen, wie ein Sturmwind vom Wolke hinweggejegt würde. Hier gilt das Gesetz, das jeder Deutsche bei sich trägt: Der Verjuch ist strafbar.

Die Oberste Heeresleitung hat nun versucht, der Regierung die Gründe für ihr unverantwortliches Vorgehen darzulegen. Sie können niemals sichhaltig sein. Die Oberste Heeresleitung wollte

Nach für alle Fälle Klarheit und sichere Unterlagen für die Entscheidung schaffen, die von der Reichsregierung gestellt werden können. Daneben sprach aber noch ein anderer Grund mit. Nach dem Bekanntwerden der Friedensbedingungen wurde der Generalstabschef mit telegraphischen, schriftlichen und mündlichen Vorschlägen, Protesten und Rundgebungen jeder Art überschüttet, woraus ein oberflächlicher Beobachter gleich den Eindruck gewinnen könnte, als ob Volk und Heer fest entschlossen wären, diesen Kampf auch gegen den Willen der Reichsregierung aufzunehmen. Ja, es geht soweit, daß der Oberste Heeresleitung aus manchen Kreisen Mangel an Entschlossenheit und nationale Laune vorgeworfen wurde. Unter diesen Umständen mußte es ihr besonders daran liegen, ein ungefähres Bild über die Lage zu gewinnen, um einerseits auf die Hitzköpfe beruhigend einzuwirken zu können und andererseits eine einwandfreie Unterlage zu erhalten, um die in absehbarer Zeit mit Sicherheit zu erwartenden Angriffe der Presse der öffentlichen Meinung mit folgendem Beweismaterial abwehren zu können. Die Oberste Heeresverwaltung hatte also ebenso wie die Reichsregierung, die Absicht, beruhigend zu wirken und die friedliche Politik des Reiches nicht durch Hitzköpfe stören zu lassen.

Die Oberste Heeresleitung hat sich also von alldem An-
kündigungen leiten lassen. Das sagt genug.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Lage im Osten.

Über die augenblickliche Lage im Osten, insbesondere über die kriegerische Haltung der Polen gegen Deutschland, geht uns folgende authentische Darstellung zu:

Auf dem Wege durch Deutschland haben nunmehr insgesamt 60 000 Mann Hallerscher Truppen ihr Ziel erreicht. Auffällig war an den Truppenenden, daß sie verhältnismäßig gut mit schwerem Geschütz ausgerüstet waren. Diese Tatsache ist umso bemerkenswerter, als die Ausrüstung mit schwerem Geschütz sonst eine Schwäche der polnischen Truppen war. Auch aus Italien sind über Wien polnische Truppen heimgekehrt, die ebenfalls in diesem Punkte gut ausgerüstet waren. Die militärische Lage in Polen ist derart, daß sie die deutschen unterrichteten Kreise mit Besorgnis erfüllen muß. Die Hallersche Armee sollte bekanntlich gegen die Bolschewiki kämpfen. Es wird aber immer offensichtlicher, daß sie lediglich zur Verfolgung imperialistischer polnischer Ziele dienen. Das beweist vor allen Dingen die Verwendung von drei Divisionen gegen die Ukrainer. Sie wurden dazu verwendet, das Bestreben der Polen, das auf Lemberg und die ukrainischen Bezirksteile zielte, zu unterstützen. Jetzt, nachdem die Ukrainer auf dieser Linie militärisch zu Boden gerungen sind, hat man diese Divisionen in der Richtung auf Polen in Marsch gesetzt. Ferner sind Zusammenziehungen starker polnischer Truppenteile nordöstlich, wie nordwestlich von Warschau erfolgt. Es hat ganz den Anschein, als ob die Polen mit dem Gedanken einer militärischen Befreiung aller deutschen Gebiete spielen, die ihnen durch den Friedensvertrag der Entente auf dem Papier zugesichert sind. Nach polnischen Äußerungen, die natürlich mit Vorsicht aufzunehmen sind, macht sich unter den polnischen Truppen ein besonders lebhafter Angriffsgedanke, insbesondere gegen das Deutsche Reich geltend.

In der Sowjet-Republik nehmen die Kämpfe ihren Fortgang. Der Rückzug der Lettenarmee an der kurländischen Front vollzieht sich immer schneller. Es ist wohl der Zeitpunkt nicht mehr fern, an dem diese Truppen die Dünalinie werden räumen müssen. Große Teile der Ostprovinzen werden von den Bolschewiki geräumt. Besonders übel ist die Lage für die Bolschewiki bei Petersburg. Die finnische Regierung soll die Absicht haben, gegen Petersburg vorzugehen. Auch an anderen Fronten ist die Lage der Bolschewiki äußerst ungünstig. Am besten halten sie sich noch dort, wo sie gegen Koltshak operieren. Bei Samara hat sich die Front außerordentlich ungunstigen Koltshaks verändert. Die Bolschewiki sollen dort zwei Divisionen verloren haben. Auch in der Ukraine liegen die Dinge für die Bolschewiki äußerst ungünstig.

Einberufung der Nationalversammlung?

Die Abgeordneten sämtlicher Parteien sind telegraphisch nach Berlin berufen worden. Es sollen Fraktionsitzungen stattfinden, in denen die einzelnen Fraktionen zu der Verfassung, insbesondere zu den Beschlüssen des Volksgesetzgebungs Ausschusses Stellung nehmen werden. Es ist zu erwarten, daß noch in dieser Woche eine Sitzung der Nationalversammlung in Berlin stattfinden wird, in der die Verfassung schließlich durchberaten und wenn möglich, in einem Tage verabschiedet werden soll. Die sozialdemokratische Fraktion ist auf Montag, 1 Uhr, einberufen worden.

Französische Agitation in der Pfalz.

Französische Offiziere bereiten die Pfalz und bearbeiten die Bürgermeister, berufen Versammlungen ein und werden offen für eine neutrale selbständige Republik Pfalz. Sie drohen den Beamten mit dem Kriegsgesetz, falls diese die Dienstleistungen verweigern sollten. Hochherrliche Plakate werden angehängt und verteilt. Der Verkehr nach dem rechtsrheinischen Gebiete ist vollständig gesperrt. Regierung und Presse werden vollständig geknebelt, jedoch keine Verwahrung und Aufklärung möglich ist. Die Beamten erklären, daß sie einer neutralen Republik jeden Dienst verweigern würden. Die große Mehrheit des Volkes steht hinter ihnen.

Das bayrische Kabinett.

Setzt sich folgendermaßen zusammen: Knittus, Keußner und Präsidium Hoffmann, Inneres Endres, Ministerium für soziale Fürsorge Segitz, Verkehrsminister Frauenbrücker, Landwirtschaft und Forst Freyberg (Bayrische Sp.), Handelsministerium Legationsrat Hartm., Schneppenhörn, Finanzministerium Spaß (Bayrische Sp.), Justizministerium Dr. Müller (Demokrat).

Italien.

Gegen den Gewaltfrieden. Der Kongress bezeichnet eine von sämtlichen 41 sozialistischen Abgeordneten unterzeichnete und vor dem Bekanntwerden der deutschen Friedensvorschläge angenommene Entschließung gegen den Gewaltfrieden, den sie als einen unehrlichen Verrat der 14 Punkte Wilsons und als eine Vergewaltigung geizien.

Frankreich.

Über die rote Gefahr in der Armee lassen sich jetzt die französischen Blätter etwas näher aus. Es wird von einer Kriegsgerichtsverhandlung in Straßburg berichtet, wo man ein ziemlich umfangreiches bolschewistisches Zentrum erwidert hat. In der Hauptstadt ging die Aktion von Rotkorn aus, es war aber auch eine Reihe Arbeiter daran beteiligt. Die Rotkorn-

führer wurden vom Kriegsgericht zu auffallend milden Strafen wegen Anfechtung zum Ungehorsam verurteilt. Offenbar scheint man sich, Märtyrer zu machen, und ist sich bewußt, daß, je länger der Kriegszustand dauert, desto schwerer die Aufgabe ist, die Disziplin bei den Truppen anrecht zu erhalten, die seit November v. Js. auf die Rückkehr in die Heimat warten.

England.

Churchill über Mentereien. Im Unterhaus teilte Churchill mit, daß die Lage zur Zeit, wo das geheime Rundschreiben des Kriegsamt ausgehändigt wurde, außerordentlich schwierig war. Es seien in der Armee eine ganze Anzahl von Mentereien vorgekommen, wovon eine einen sehr ernsthaften Charakter gehabt habe. Die Lage in Indien habe große Besorgnisse verursacht und erfordere beträchtliche Verstärkungen. In Ägypten dauere die Spannung an, in der Türkei und den anderen mohammedanischen Ländern herrschten sehr ernste Unruhen und Besorgnisse über die Schicksale der mohammedanischen Welt. Wenn der Friede bald unterzeichnet werde, könne die Rheinarmee sofort von 10 auf 6 Divisionen herabgesetzt werden.

Kanada.

Politische Streikbewegung. Englische Meldungen belegen, die Streikbewegung in Kanada dehne sich ununterbrochen aus. In Toronto wurde der Generalstreik begonnen. In Winnipeg streikten die Post- und Telegraphenbeamten. Die Arbeiterführer weigern sich, vermittelnd aufzutreten. Das Charakteristische der Bewegung ist die Unterdrückung der Presse. (Die Meldung sagt nicht, durch wen die Presse unterdrückt wird. Aus dem Nachsatz ergibt sich aber, daß die Unterdrückung den Streikenden zur Last gelegt wird). Das Bürgertum gibt kleine Notizen heraus. Man erwartet für die nächsten Tage das Uebergreifen des Generalstreiks nach Vancouver (Britisch Columbia). Die Bewegung trägt radikal-sozialistischen Charakter. Es steht fest, daß Winnipeg von Arbeiterräten regiert wird und daß dieser Zustand unter Umständen zu bewaffneten Eingriffen der englischen Regierung führen kann.

Kleine politische Nachrichten.

Die „Times“ teilt mit, daß eine Landung amerikanischer Matrosen in Danzig bevorstehe und daß Vorbereitungen für die Durchführung der fraglichen Bedingungen hinsichtlich Danzigs getroffen worden seien.

Die Stadterordnetenversammlung in Gelsenkirchen beschloß mit 31 gegen 28 Stimmen, die Mittel- und Bureauräume für den Arbeiterrat zu verweigern. Darauf verließen die beiden sozialistischen Fraktionen zum Protest den Saal. Es fanden für das Fortbestehen des Arbeiterrats große Demonstrationen statt, sie hatten einen ruhigen Verlauf. Die Beteiligung ist auf 20 000 Personen einzuschätzen.

In Berlin zeigt sich jetzt, besonders unter den Arbeitslosen, eine starke Bewegung, vom 1. Juni an die Mietzahlung zu verweigern, um die gesteigerten Lebensmittelpreise leichter aufbringen zu können und auch auf diese Weise gegen die Mietsteigerungen zu demonstrieren.

Die Deutsch-Böhmen haben auf Aufforderung des Präsidenten Masaryk ihre Bedingungen genannt, unter denen sie bereit wären, an der Regierung im tschechischen Staat teilzunehmen, wenn der Nachspruch der Entente sie dazu verurteile. Die Deutsch-Böhmen verlangen vollständige Selbstverwaltung, einen deutsch-böhmischen Landtag mit einer Landesregierung, Einteilung der deutschen Gebiete in Kreise mit deutschen Beamten, deutscher Verkehrssprache und einem verantwortlichen deutschen Staatssekretär.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Mitglieder der Städtevertretungen in beiden Mecklenburg und Lübeck

tagte am Sonntag in Güstrow. 39 Orte hatten dazu 92 Vertreter entsandt. Den Vorsitz führten die Genossen Kröger-Kostof und Lamberg-Güstrow. Die Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevertreter behandelte in einem sehr heftig aufgenommenen Referat der Genosse Lüdemann-Schwerin. Er wies einleitend darauf hin, daß bisher in Mecklenburg die Arbeiterschaft die Möglichkeit der Mitarbeit in den Gemeinden nicht hatte. Als Grundlage des Wirkens unserer Vertreter müsse das sozialdemokratische Kommunalprogramm dienen. Die Aufgaben innerhalb der Gemeinde seien zu gliedern in Steuerpolitik, Bodenpolitik, Sozialpolitik. In der Steuerpolitik sei darauf zu sehen, daß die tragfähigen Schultern entsprechend belastet werden. Zu empfehlen seien Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer. Vermerken müsse man die Mietssteuer, dagegen könne man einer Lustbarkeitssteuer zustimmen unter der Bedingung, daß nicht etwa unter dem Deckmantel des Interesses der Kunst und Wissenschaft die Vergünstigungen der wohlhabenden Stände unentgeltlich blieben. Redner trat besonders für eine ausreißende Wertzuwachssteuer ein, ebenso für eine Konzeptionssteuer. Grundbesitz müsse auch sein, laufende Ausgaben durch laufende Einnahmen zu decken. Bei der Bodenpolitik muß darauf gesehen werden, daß möglichst viel Grund und Boden erworben, aber möglichst wenig veräußert wird. Auf jeden Fall muß bei Veräußerung Schutz gegen Spekulation getroffen werden. Die Stadt muß sich an gemeinnützigen Baugesellschaften beteiligen und zwar so hoch, daß sie ausschlaggebend bleibt. Erträge aus Grundbesitzveräußerungen müßten zum Wiedererwerb von Grundbesitz verwendet werden. In der Sozialpolitik muß vor allem die Sorge für gesunde und billige Wohnungen voranstehen. Sodann bespricht Lüdemann Maßnahmen gegen die gegenwärtige Wohnungsnot. Weiter weist Lüdemann auf die Pflicht hin, Kranenbau, Entbindung- und Wöchnerinnenheime, Kinderzote usw. zu schaffen. Alle Bestrebungen zur Bekämpfung der Volkskrankheiten seien finanziell zu unterstützen. Die Armenpflege sei auf ganz andere Grundlagen zu stellen. Spielplätze für die Jugend seien zu schaffen, die öffentlichen Turnhallen müßten auch den Arbeiter-Turnvereinen zur Verfügung stehen. Die Gemeinden hätten auch die Pflicht, als Arbeitgeberinnen vorbildlich zu sein. Verkehrsanstalten, Gas- und Elektrizitätswerke müßten in Gemeindebetrieb übernommen werden. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter hätten dafür zu sorgen, daß wir auch in die Magistratskollegien eindringen, es sei aber bei Auswahl der Personen Vorsicht geboten. Grundlage des Wirkens unserer Gemeindevertreter müsse die sozialistische Weltanschauung sein, dann werde ihr Wirken leistungsfähig nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern auch für die Allgemeinheit sein.

An den interessantesten Vortrag knüpfte sich eine längere Debatte, welche die Schwierigkeit erkennen ließ, die sich gegenwärtig der Arbeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter entgegenstellen. Von mehreren Rednern wurde auch die Frage erörtert, ob die Magistratsmitglieder durch die Gesamtheit der Gemeindebürger oder durch die Bürgervertretungen zu wählen seien. Der Referent, Genosse Lüdemann, stellte sich auf den Standpunkt, daß, nachdem die Gemeindevertretungen, die auf Grund des demokratischen Wahlrechts gewählt sind, wirklich die Gesamtheit der Gemeindeangehörigen repräsentieren, man ihnen auch diese Wah-

ten überlassen müsse. Würde die Wahl durch die Gesamtheit der Gemeindeglieder vorgenommen, so sei damit zu rechnen, daß bei der Wahlagitatorien vielfach persönliche Momente mit hineinspielen würden, die den Erwählten nachher das Amt erschweren, daß wohl auch manche Wähler, die als Mitläufer bei der Gemeinderatswahl für unsere Liste stimmten, hier aus anderen Beweggründen den bürgerlichen Fachmann wählen dürften. Jedenfalls sei bei der Wahl die Magistratsmitglieder durch die Gemeindevvertretungen jetzt das demokratische Prinzip durchaus gewahrt.

Über den zweiten Punkt der Tagesordnung, „Die Neuordnung unseres Schulwesens“, referierte der Parteigenosse Lehrer Schröder-Kostof. Ausgehend von der bisherigen Mischenbrödelstellung der Volksschule in dem alten Klassenstaat wies er darauf hin, daß bisher die Schulbildung in erster Linie abhängig war von den Geldmitteln der Eltern. Er forderte die baldige Durchführung der Einheitschule, um jedem Kinde eine seiner Begabung entsprechende Schulbildung zu sichern. Das Schulgeld sei als eine Sonderbesteuerung der Eltern selbstverständlich abzulehnen, Schulgeld- und Lernmittelfreiheit zu fordern; die Mittel seien durch die allgemeinen Steuern aufzubringen. Auch auf den Religionsunterricht in der Schule ging der Referent kurz ein und forderte volle Gewissensfreiheit, Abschaffung des obligatorischen Religionsunterrichtes. Endlich wurde noch auf die Notwendigkeit einer wesentlichen Herabsetzung der Klassenfrequenz hingewiesen.

In der äußerst regen Aussprache gab eine Parteigenossin der Befürchtung Ausdruck, daß der Antrag auf Befreiung der Kinder vom Religionsunterricht Nachteile für diese haben könnte. Von anderer Seite wurde darüber Besondere gefordert, daß einzelne Lehrer in Mecklenburg die Bestimmung, wöchentlich nur zwei Religionsstunden zu erteilen, dadurch umgehen, daß sie diese Stunden in 4 halbe oder 6 Drittel Stunden zerlegen. Gen. Plath-Gröbke gab eine kurze Uebersicht über eine Gliederung der Einheitschule, die sowohl die Begabteren als auch die Minderbegabten berücksichtigt, forderte, daß auch in Mecklenburg der Fortbildungsschulunterricht in die Arbeitszeit zu verlegen sei und ging endlich auf die Schulverhältnisse der kleineren Gemeinden ein. Hier bestanden er die Notwendigkeit, eine neue höhere Schule zu schaffen, die durch Mehrberufstätigkeit der realen Lehrer und unter Zuzugabe von Fremdsprachen auch den Schülern eine höhere Schulbildung ermögliche, die aus verschiedenen Gründen die ein- oder mehrklassige Volksschule bis zum Schluß besuchen. Allgemein anerkannt wurde die Notwendigkeit, das diesmal nur in den Grundlinien erörterte Schulproblem auf späteren Tagungen noch in seinen Einzelheiten weiter zu besprechen. Einstimmige Annahme fand die folgende Resolution Schröder-Plath-Gröbke:

„Die Versammlung der sozialdemokratischen Bürgervertreter erblickt eine der wichtigsten Aufgaben darin, die Volksschule aus der bisherigen untergeordneten Stellung herauszuheben und ihr im Rahmen der Einheitschule den Platz zu schaffen, den sie ihrer Bedeutung nach verdient. Vorschulen und Privatschulen sind grundsätzlich abzulehnen.“

Das dritte Referat hielt Genosse Kröger-Kostof über: „Die mecklenburgische Städteordnung.“ Er erläuterte die einzelnen Bestimmungen des umfangreichen Regierungsentwurfes, der noch nicht endgültig festgelegt ist, und übte Kritik an verschiedenen darin vorgezeichneten Vorschriften. Redner hielt es für notwendig, daß eine zweite Gemeindevortreterkonferenz, die in einigen Wochen stattfinden habe, dazu noch endgültig Stellung nehmen müsse. Sehr zu empfehlen sei es, daß die Gemeindevortreter sich Bibliotheken einrichteten, in denen die sozialdemokratischen Schriften, die das Gebiet der Kommunalpolitik behandeln, zur Verfügung stehen. Auch die „Kommunale Praxis“ müßte wenigstens in einigen Exemplaren gehalten werden. Bei der vorgerückten Zeit war die Debatte, die sich an diesen Vortrag angeschlossen, nur kurz. Es wurden darin wieder Fragen berührt, die schon beim ersten Punkt erörtert wurden, so die Magistratswahl. Darauf wurde die gut verlaufene Konferenz vom Genossen Kröger mit einem Resümee über die Tagung geschlossen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 2. Juni.

Mit der Schaffung einer Einwohnerwehr wird sich am morgigen Dienstagabend im Gewerkschaftssaal die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins beschäftigen. Als Referent ist der Genosse Lampl, früherer Vorsitzender des Hamburger Soldatenrates und jetzt Kommandant in Hamburg, gewonnen worden. Da die Meinungen über die Einwohnerwehr und ihre Notwendigkeit sehr geteilt sind, so dürften die Verhandlungen längere Zeit dauern. Da auch noch andere wichtige Gegenstände auf der Tagesordnung stehen, so ist ein zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erforderlich. Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Arbeiterrat. Der am 27. April neugewählte Arbeiterrat trat am Sonnabend zu seiner ersten konstituierenden Versammlung zusammen. Diese wurde von dem Alterspräsidenten Genossen Kurau mit dem Hinweis eröffnet, daß die Aufgaben der Räte zwar noch nicht gesetzlich festgelegt sind, trotzdem könnte man aber mit dem Zusammentritt nicht mehr länger zögern. Nachdem der Senat den Arbeiterrat — obwohl er ihn wählen ließ — nicht zusammengerufen, müsse dieser selbst die Initiative ergreifen. Genosse Kurau berief die Genossen Bromme und Koff, sowie Herrn Schwertfeger, Thies und Zolt zu Vorschern. Hierauf wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Gewählt wurden: Adolf Löwig, Reimer, Bromme, Knapp und Schneider (Wehrheitssozialisten) Thies und Schwertfeger (Unabhängiger Vertreter), Koff (Unabhängiger) Koffler (Beamtenbund). Der Vorstand erhielt den Auftrag eine Geschäftsordnung auszuarbeiten und sie der nächsten Versammlung vorzulegen. Mithetig war man der Meinung, daß zu den künftigen Sitzungen des Arbeiterrates der Bürgerchaftsamt hergegeben werden müsse. Eine diesbezügliche Eingabe an den Senat war vom Genossen Bromme schon gemacht worden. In der darauf erfolgten Antwort wird die Ueberlassung zwar nicht abgelehnt, wohl aber darauf hingewiesen, daß der Senat seinen Beschluß von der Anerkennung der Arbeiterräte durch die Verfassung abhängig machen werde. Eine neue Eingabe soll gemacht werden. In der allgemeinen Aussprache über die Aufgaben der Arbeiterräte legten alle Parteien ihren Standpunkt dar. Auch gab man Wünsche und Anregungen für die Zukunft in Angriff zu nehmenden Arbeiten.

Die Lohnbewegung der Arbeiter des Hochofenwerks ist beendet. Der Schiedspruch wurde am Sonnabend nachmittag mit 796 gegen 146 Stimmen angenommen.

Die Angestellten bei den Rechtsanwältinnen haben, wie sie uns schreiben, einen Tarif abgeschlossen, der den berechtigten Forderungen in keiner Weise entspricht. Trotz der hohen Einkommen, die manche Rechtsanwältinnen und Rotoren haben, zahlen sie ihren Beschäftigten eine höchst bescheidene Entschädigung von monatlich 15 Mk., 25 Mk. und 40 Mk. nach 10 Mk. Teuerungszulage. Eine Entschädigung, die völlig unzureichend ist; dabei werden die Lehrlinge meistens nur zu Potentaten benützt. Im 4. Jahre erhält ein junger Geselle ein monatliches Gehalt von 100 Mk. und 35 Mk. Teuerungszulage. Ist der Geselle 24 Jahre und darüber, so erhält er 180 Mk. monatlich und 60 Mk. Teuerungszulage. Ueberstunden werden nicht bezahlt. Die aus dem Felde zurückgeführten Anwaltsangehörigen erhalten auch keine Anschaffungszulage. Die Bureauvorarbeiter spielen durchweg eine klägliche Rolle. Wäre es zum Streik gekommen, so wäre es auch nicht besser geworden. Für die Eltern ergibt sich die Pflicht, wenn sie ihren Sohn auf ein Anwaltsbureau stellen wollen, einen klaren Vertrag abzuschließen über Ankerung und Beschäftigung deselben. Das sind sie sich und ihrem Kinde schuldig. Weiter lehrt der Tarifvertrag, daß es der größte Fehler der Anwaltsangehörigen ist, daß sie nicht alle organisiert sind. Es

ist eine besondere Pflicht eines jeden Anwaltsangehörigen, sich einer Organisation anzuschließen und zwar einer Organisation, die zum Kampf und zum Schutz da ist und nicht wie andere Anwaltsvereine zum Verbündeten und Einflüßlern. Nur dann können wir im nächsten Jahre einen Tarifvertrag abschließen, der es ermöglicht, sich satt zu essen und eine Familie zu ernähren.

Gescheiterte Verhandlungen zwischen Werftarbeitern und Werksleitern. Verhandlungen, die im Reichsarbeitsministerium zu Berlin zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und Vertretern der Werftarbeiter über eine von den Werftarbeitern geforderte einheitliche Lohnerhöhung (3 Mk. pro Stunde für alle gelernten Arbeiter an allen Werften) gepflogen worden sind, haben auf Seiten der Arbeitgeber den Vorschlag gezeitigt, der Arbeiterchaft im Wege der Wiedereinführung des nach der Resolution abgeschafften Stücklohnsystems eine Möglichkeit der Verbesserung ihres Verdienstes zu gewähren und gleichzeitig die zurückgegangene Arbeitsleistung wieder zu heben. Die Vertreter der Werftarbeiter haben diesen Vorschlag abgelehnt und fordern, daß eine Erhöhung der gegenwärtigen Stundenlöhne jeder Erörterung des Lohnsystems voranzugehen haben. Die Arbeitgeber machten demgegenüber geltend, daß die finanzielle Lage der Werften eine weitere Erhöhung der Stundenlöhne nicht gestatten, und daß auch die Finanzlage des Reiches ihrer Auffassung nach die Uebernahme einer solchen Lohnerhöhung in Gestalt von reichsweit zu gemäßen Uebersteuerungszuschlägen an die Auftraggeber der Werften ausschließen dürfte. Diese Auffassung wurde von den Vertretern des Reichsfinanzministeriums bestätigt. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums mußte demnach feststellen, daß die Verhandlungen gescheitert seien. Beide Parteien waren sich darin einig, daß die wirksamste Abhilfe für die bestehende Notlage durch eine fräftige Aktion der Reichsregierung zur Verbilligung der notwendigen Lebensbedürfnisse geschaffen würde. Die Vertreter der Arbeitgeber lehnten eine gemeinsame Vorstellung bei den zuständigen Regierungsstellen in diesem Sinne ab.

Die Numerierung der neuen Fünfsigmarknoten. Im Publikum sind wegen der Verschiedenartigkeit der Nummernbezeichnung auf der Rückseite der neuen Fünfsigmarknote vom 30. November 1918 vielfach Zweifel an der Echtheit der betreffenden Noten entstanden. Wir erfahren hierzu von zuständigen Stellen, daß, wie bei der Hilfsbanknote vom 20. Oktober 1918 es auch bei der neuen vom 30. November 1918 notwendig geworden ist, die Numerierung mit verschiedenen Typen (Nr., No. und No.) vorzunehmen, jedoch auf den echten Banknoten drei Nummernbezeichnungen erscheinen und ein Mißtrauen wegen dieser Verschiedenheit unbegründet ist.

Schuhverband für das Kunst- und Geistesleben Lübecks. In Lübeck hat sich ein Schuhverband für das Kunst- und Geistesleben gebildet, der sich aus Angehörigen der Baukunst, der bildenden Kunst, der Bühnenkunst, der Tonkunst und des Schrifttums zusammensetzt. Er will zu allen öffentlichen Fragen des Kunst- und Geisteslebens Stellung nehmen und fordert, daß den Vertretern der künstlerischen Gebiete ein gesichertes Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird.

Keine Reiseausweise mehr nötig! Wie uns die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn mitteilt, sind vom 1. Juni ab, also seit gestern, für Reisen auf allen deutschen Bahnen keine Reiseausweise mehr erforderlich. Seit dem gestrigen Tage fahren auch eine ganze Reihe von Zügen wieder, die infolge der verschiedenen Schwierigkeiten ausfallen waren.

Höchstpreise für Lumpen. Am 5. April 1919 ist eine Bekanntmachung in Kraft getreten, durch die die Höchstpreise für Lumpen und neue Stoffabfälle abgeändert werden.

Kriegsanleihe. Die Zwischenscheine der 9. Kriegsanleihe für Sachanweisungen können vom 4. Juni ab, für Schuldverpflichtungen vom 23. Juni ab bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtungen bis 5. Dezember 1919 kostenfrei umgetauscht werden.

Der Arbeiter-Turnverein ist jetzt in der Lage, eine Abteilung vor dem Holstentor einzurichten. Von der Oberbürgerbehörde ist dem Verein vorläufig die Turnhalle der Schule in der Brodesstraße zur Verfügung gestellt. Die Halle der Marquardschule soll noch unbenutzbar sein. Sobald letztere frei wird, zieht der Verein dorthin. Die Turnstunden der Stadt und Holstentor sind heute im Anzeigenteil bekannt gegeben. Bei Neuaufnahmen für die Knaben- und Mädchenabteilungen müssen die Eltern oder Vormünder ihre schriftliche oder mündliche Einwilligung geben, ohne dieselbe können keine Kinder am Turnen oder Spielen teilnehmen.

Stadthallentheater Lübeck. Bei unglücklicher oder zweifelhafter Witterung finden die Konzerte des Stadthallengartens im Theateraal statt, so das heutige Sinfoniekonzert.

Das Stadthallentheater wurde gestern mit der bekannten Operette „Die geschiedene Frau“ eröffnet. Der Andrang der Besucher war so stark, daß viele wieder umkehren mußten, weil sämtliche Plätze ausverkauft waren. Das Spiel sowie die Darbietungen der Künstler und Künstlerinnen fanden stürmischen Beifall und setzten das Publikum in fröhliche Stimmung. Die Aufführung war in jeder Hinsicht gut. Wir werden später die Leistungen noch besonders besprechen.

Stadelsdorf. Achtung Genossinnen und Genossen! Am kommenden Dienstag abend 8 Uhr findet im Lokale von Krüger-Jacobsburg eine wichtige Parteiverammlung statt. Es ist Pflicht der Genossinnen und Genossen, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Stadelsdorf. Gemeinderatsitzung. Am vergangenen Mittwoch fand wieder eine Gemeinderatsitzung statt. Es wurden folgende Kommissionen neu gewählt: 1. Wegekommission: die Genossen Joh. Stühr, Th. Boy; außerdem des Petzmann und Freier. 2. Erwerbslosenkommission: die Genossen F. J. d. S. Martens und Frau Evers, verführt durch die Arbeitgeber Petersen und Bierbach, und die Arbeitnehmer W. Beth und Th. J. d. S. 3. Kommission für Gewährung von Darlehen an durch den Krieg wirtschaftlich geschädigten Handwerker und Arbeiter: Außer dem Gemeinderat die Herren Maurermeister Boss, Schlossermeister Tapper, Stellmacher Giese und Genosse H. Westphaling. 4. Kommission zur Prüfung der Bauordnung: die Genossen H. K. S. Martens, Joh. Stühr und von den Bürgerlichen der Maurermeister Draguhn. 5. Kommission zur Neuregelung der Beamtengehälter: die Gemeinderatsmitglieder Genossen G. Gies, H. Martens, H. J. d. S., sowie von den Bürgerlichen Gärtner Bei und Viehhändler Schöel. 6. Kommission für die Gemeindeeländereien: Gärtner Bierbach und die Genossen G. Gies und H. Westphaling. Der Gemeindevorsteher Meier ist gestorben; das Amt soll neu ausgeschrieben werden. Als Schulwärtin für die Stadelsdorfer Schule wurde die Witwe Spenjon gewählt. Auf Einladung der sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder war Genosse H. Westphaling in der Sitzung anwesend, um den bürgerlichen Vertretern einen Bericht über Art und Umfang seiner Tätigkeit als Beirat des Gemeindevorstehers zu geben. Die Herren forderten bekanntlich in der vorhergehenden Sitzung die Entfremdung dieses Genossen, begründeten dies Verlangen hauptsächlich mit nicht genügender Beschäftigung für denselben. Heute erklärten die Herren, jetzt seien sie davon überzeugt, daß für Westphaling genügend Arbeit vorhanden sei, sie wären der Meinung gewesen, derselbe hätte nur den Gemeindevorsteher überwachen sollen. In das Wohnungsamt wurden gewählt: Gies, Nis, Sameier jr. und Maurermeister Noss.

Cutin. Am Sonnabend tagte in Cutin eine öffentliche Versammlung, die sich mit der bevorstehenden Auseinandersetzung mit dem früheren Großherzog befaßte. Landtagsabg. Steenbock berichtete was in Oldenburg in dieser Beziehung vor sich gehe. Die dem Landtage vorliegende Vorlage des Direktoriums will dem früheren Großherzog eine jährliche Pension von 150 000 Mark bis zu seinem Lebensende bewilligen. Diese Rente soll eine Kürzung erfahren bei seinem Tode um die Summe von 75 000 Mk. und beim Tode seiner Frau um weitere 25 000 Mk. Seinem Sohne verbleibt demnach eine lebenslängliche Rente von 50 000 Mk. Außerdem soll Cutin das Schloß mit allem Zubehör an den Groß-

herzog und seinen Erben abtreten. Wie Steenbock ausführte, beabsichtigte man in Oldenburg selbst, dem Großherzog ein Geschenk zu machen auf Kosten der Provinz Lübeck, im besonderen auf der Stadt Cutin. Sämtliche Schlösser und Liegenschaften sind als Staatsgut erklärt, die aber alle genau denselben Charakter haben, wie das Cutiner Schloß mit seinem großen, dem öffentlichen Verkehr dienenden Park. Trotsallem fordert man dieses für den Großherzog. Wenn Cutin der Park genommen wird, dann wird der Fremdenverkehr vollständig aufhören; außerdem werden Natur Schönheiten, die der Park enthält, der Allgemeinheit entzogen. Vom Bürgermeister Mahstedt wurde ebenfalls die Wichtigkeit des Parks und der weiteren Liegenschaften hervorgehoben und ausgeführt, daß der Stadt durch Abtretung ein unerfährlicher Schaden entstehe. Landtagsabg. Heusel erklärte, daß in Anbetracht dessen, daß der frühere Großherzog sich doch in einer vorzüglichen finanziellen Lage befunde, da sein Einkommen aus Privatmitteln ca. 700 000 Mk. pro Jahr betrage, andererseits dem gesamten Volke in Zukunft aber eine ungeheure Last aufgebürdet würde und da diese Forderung in keiner Weise rechtlich bewiesen sei, könne eine Bewilligung niemals in Frage kommen. Auf Grund dieser Fragen lehnten die sozialdemokratischen Abgeordneten eine derartige Zustimmung ganz entschieden ab. Eine Entschließung, die es ablehnt, dem Großherzog ein Extrageschenk zu machen auf Kosten der Zukunft der Stadt Cutin, wurde von Seiten der Versammlung einstimmig angenommen.

Nienburg a. d. Olfsee. Eine außerordentlich stark besuchte Volksversammlung tagte hier am Sonnabend abend in Johannsens Hotel. Ueber die politische Lage und die Sozialdemokratie sprach Genosse Stellung-Lübeck. Redner besprach zunächst die schmachvollen Friedensbedingungen der Entente und die Stellung der Sozialdemokratie hierzu. In seinen weiteren Ausführungen erörterte Redner die Aufgaben der Sozialdemokratie im neuen Deutschland. Lebhafter Beifall lohnte die Ausführungen des Redners. Der Aufforderung des Referenten, sowie des Vorlesenden, Genossen H. d. S. Oendorf, zum Beitritt in die Partei folgten eine Reihe Versammlungsbesucher. — Es ist außerordentlich erfreulich, daß die Bewegung auch hier am Strande immer weitere Fortschritte macht. „Vorwärts und aufwärts!“ Das muß auch in der Folgezeit die Parole unserer auf schwerem Posten kämpfenden Genossen am Strande sein.

Samburg. Bootsunfall. Am Sonntag morgen näherte sich bei der Woppenbütteler Schleuse ein mit zwei Personen besetztes Kanu zu sehr der ablaufenden Schleusenwehr, wodurch das Boot in den Strudel gezogen wurde. Ein Junge konnte sich durch Schwimmen retten, wogegen der andere, mit Namen Meher aus Kuhlshüttel, ertrank. — Zu Tode gequert ist beim Anlegen des Postdampfers „Germania“ an den Brückensteig Leisingstraße Sprung-der-Steuermann Carl Ruffe zu früh von dem Dampfer ab. Er ariet zwischen Schiff und Steg und wurde so schwer gequert, daß er nach wenigen Minuten starb. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle des St. Georger Krankenhauses gebracht.

Harburg. Ein großangelegter Butterdiebstahl ist durch einen Militärposten vereitelt worden, dem von den Dieben eine Belohnung von 10 000 Mk. zugesagt worden war, wenn er es nicht verraten würde. Es war versucht worden, das große Butterlager der Stadt Harburg am westlichen Bahnhofsanal auszulündern. Der Sicherheitsposten ging anscheinend auf die Bestimmung ein, erstattete jedoch eine Meldung. Das Gelände wurde von Militärkräften umstellt, um ein Entweichen der Diebe zu verhindern. Mit dem Verladen der Butterfässer hatten sie bereits begonnen, und es wären schon 28 Fässer verladen, als plötzlich Leuchttraketen hochgingen. Die überraschten Diebe wurden gefaßt. Einer von ihnen, der flüchtete, wurde durch Schüsse schwer verletzt; an seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Harburg. Der Streik der Lohnangestellten des Postamtes dauert weiter an. — Verhaftete Mörder. Die beiden Mörder, die vor einigen Tagen in Miffelhomede einen Genbarmeriemachmeister erschossen haben, der sie festnehmen wollte, sind in Königsmoor (Landkreis Harburg) dingfest gemacht worden. Die Täter hielten sich in einem Güterzuge auf und versuchten zu entweichen, was ihnen jedoch nicht gelang.

Neumünster. Hauseinsturz. Krachend stürzte plötzlich die Mittelpartie des Hintergebäudes Altonaerstraße Nr. 31, in dem sich früher eine Herberge befand, in sich zusammen. Die dort wohnenden Familien brachten sich mit Mühe und Not in Sicherheit. Das Gebäude war eines der ältesten der Stadt.

Gufum. Ein Fischerstreik hat der Freude über die reichliche Zufuhr von frischen Fischen zu etwas billigeren Preisen als bisher ein schnelles Ende gemacht. Die Fischer der Schleswig-holsteinischen Westküste sind mit der neulich angeordneten Herabsetzung der Schollenpreise, die nach der Meinung der Bevölkerung noch immer hoch genug sind, nicht zufrieden und daher seit Dienstag in den Ausstand getreten. Die Fischer haben sich mit ihrer Beschwerde an den Reichskommissar in Berlin gewandt; man bezweifelt aber den Erfolg, da augenblicklich Fische in überreicher Menge aus dem Ausland kommen. Diese Fischer gehören anscheinend zu den jetzt nicht seltenen Leuten, die den Hals gar nicht voll genug bekommen können!

Waren. Der „Giertanz“ der Hamsterin. Durch einen der Hilfsgehirnen wurde auf dem Bahnhofs eine Hamsterin abgefaßt, die einen großen Koffer mit Eiern auszuführen gedachte. Nachdem sie auf Verlangen widerstrebend den Koffer geöffnet, sprang sie in den Koffer hinein, und ehe es verhindert werden konnte, war das Eierquantum — wohl 200 Stück — mit den Füßen zertrümmert. Die jugendgewandte Berlinerin begleitete diesen Giertanz mit einer Flut von Schimpfereien.

Delmenhorst. Ein neuer Mitkämpfer. Die Delmenhorster Parteigenossen haben sich ein eigenes Parteiorgan geschaffen. „Delmenhorster Volkswacht“ ist sein Titel. Es erscheint heute zum erstenmal und zwar als Kopsblatt des „Bremer Volkswachtes“. Wir wünschen dem jungen Mitstreiter die besten Erfolge im Kampfe gegen die Reaktion von rechts und links. Die Redaktion des Blattes hat Genosse Jungnickel übernommen. Die Expedition befindet sich in Delmenhorst.

Aus der Partei.

Keine Verschiebung des Parteitages. In verschiedenen Blättern ist die Behauptung aufgestellt worden, daß der sozialdemokratische Parteivorstand beabsichtige, den auf den 10. Juni angeetzten Parteitag zu verschieben. Wie die W. A. R. hören, hat der Parteivorstand eine solche Absicht nicht. Dies geht schon daraus hervor, daß er noch am Freitag die Mitglieder des Parteiaussschusses auf Montag, den 9. Juni vormittags 10 Uhr nach Weimar einberufen hat. Von einer Verschiebung des Parteitages könne nur dann die Rede sein, wenn im Laufe der nächsten Woche Verhältnisse eintreten sollten, die die Abhaltung des Parteitages einfach unmöglich machen.

Neueste Nachrichten.

Gegen die Sonderbundsbestrebungen. Berlin, 2. Juni. Weit über 100 rheinische, rheinländische und pfälzische Mitglieder der deutschen Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung waren einer Einladung des Ministerpräsidenten Scheidemann zu einer Aussprache über die Selbständigkeitsbestrebungen in den Rheinländern gefolgt. In vierstündiger Aussprache, bei welcher das ganze Material noch einmal aufgerollt wurde, trat völlige Uebereinstimmung zwischen Regierung und Abgeordneten zutage, indem der Gehalts einer Resolution vom Reich als völlig undisputabel von allen Seiten erworben wurde. Vor Verabschiedung der Versammlung und vor Friedensschluß wurde auch an einer Veränderung des staatsrechtlichen Verhältnisses zu Preußen nicht gedacht werden.

Landarbeiterstreik in Westpreußen.

Thorn, 2. Juni. Die Landarbeiter des Kreises Danziger Höhe haben die Arbeit niedergelegt. Der deutsche Landarbeiterverband und die polnische Berufsvereinigung gehen geschlossen gegen die Arbeitgeber vor. Das Generalkommando des 17. Armee Korps entsandte in die streikenden Distrikte militärische Hilfe. Als das Militär auf Befehl die darniederliegenden Landarbeiter aufnahm, kam es zu ersten Zusammenstößen und Feuergefechten, bei denen ein Landwirt schwer verwundet wurde.

Wilson als Vermittler.

Saaq, 2. Juni. Der Korrespondent der „Newport Tribune“ Moore meldet: Präsident Wilson hat die Rolle einer Vermittlung zwischen den Deutschen und Alliierten auf sich genommen und sich jetzt für die Wänderung der Friedensbedingungen ein. Man kann bestimmt erwarten, daß man wichtige Zugeständnisse machen wird, um die Unterzeichnung des Vertrages zu erreichen, ohne erst zu Besetzungen überzugehen. Wilson ist in 5 Punkten zu Zugeständnissen bereit. Er unterstützt Deutschlands Wunsch nach einer Volksabstimmung in Oberschlesien und ist dafür, daß Danzig freigestellt wird; er hat immer gewünscht, daß Deutschland sofort in den Völkerbund aufgenommen werden soll. Was diesen Punkt anbetrifft, so ist Frankreich zwar dagegen, England und Italien aber nicht. Bezüglich der Bestrafung des Kaisers ist Wilson zu seinem früheren Standpunkte, nämlich dem, daß gegen den Kaiser kein Prozeß eingeleitet werden soll, zurückgekehrt. Außerdem sind die amerikanischen finanziellen Sachverständigen sich darüber einig, daß Deutschland nur zu einer Zahlung von 25 Milliarden Dollar im Stande ist.

Der Pariser Korrespondent des „Daily Herald“ meldet: Man neigt jetzt zu der Ansicht, daß die Alliierten die deutschen Gegenanträge als Grundlage für erste Besprechungen hielten dürften. Drei Mitglieder des Verrats sind willens mündliche Besprechungen zuzulassen. Es besteht also jede Aussicht auf weitere Verhandlungen und es ist sehr gut möglich, daß Deutschland in der Frage der östlichen Grenzen wichtige Zugeständnisse gemacht werden.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.
Berleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Es steht ein geringes Quantum
Bodenleder
für landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Arbeiter
zur Verteilung.
Bezugschein sind im Amtsgericht, Zimmer 11, abzufordern.
Bad Schwartau, 31. Mai 1919.
Stadtmagistrat (Ernährungssache).
Frank.

Am Dienstag, dem 3. Juni, nachmittags 3 Uhr
wird in der Meierei

Käse
abgegeben, und zwar ca. 125 Gramm pro Person für die Haushaltungen J.-N.
Am Mittwoch, dem 4. Juni, nachmittags 3 Uhr
für die Haushaltungen O.-S.
Bad Schwartau, 31. Mai 1919.
Stadtmagistrat (Ernährungssache).
Frank.

Tagesmädchen
für den ganzen Tag bei hohem Lohn, guter Verpflegung sofort gesucht.
Oldorf, Südrstraße 50.
Gehalt zu sofort (2973)

ein Friseurlehrling.
H. Schmidt, Kottwitzstraße 47.
Geräumige Werkstatt mit gr. Boden zu vermieten.
2952) Schwartauer Allee 123 a.
Gef. zu sof. od. spät. 3-Stunden-Wohnung m. Zubehörl. auch mit 2-St. Wohn. vert. Off. u. G 4 an die Exped. (2956)

3 Sommerfusen, 1 Sommerhut
2979) Waidlauerstraße 4. l.
1 gut erh. D.-Kammarhut 15 Mk. und 1 braunweiße Hals-Feeder- rüchle 20 Mk., zu verk.
2977) Krähenstr. 25 II.
Kl. 3-Z.-Wohn. geg. ar. 3-Z.-Wohnung ev. auch gr. 2-Z.-Wohn. zu tauschen gef. Ang. mit. M S an die Exped. (2955)

3 Sommerfusen, 1 Sommerhut
2979) Waidlauerstraße 4. l.
1 gut erh. D.-Kammarhut 15 Mk. und 1 braunweiße Hals-Feeder- rüchle 20 Mk., zu verk.
2977) Krähenstr. 25 II.
Kl. 3-Z.-Wohn. geg. ar. 3-Z.-Wohnung ev. auch gr. 2-Z.-Wohn. zu tauschen gef. Ang. mit. M S an die Exped. (2955)

Abt. St. Lorenz
Turnhalle der Schule in der Brodesstraße.
Knabenabt. Mittw. 6-8 Uhr
Männerabt. 8-10 Uhr
Mädchenabt. Donnerst. 6-8 Uhr

Spiele auf Buniamshof
Donnerstags von 6 1/2-9 1/2 und Sonntags von 2 1/2-6 Uhr für Männer- und Frauenabtlg.;
Freitags von 5-8 Uhr für Knaben- und Mädchenabtlg.
Der Vorstand.

Die Nacktheit.
Behrddlich freigegeben. 20 verschied. entzückende Akt- und Modellkarten. 20 Karten Mk. 8.—, 100 Karten Mk. 12.50. Borte extra. Interessante Bücherliste 80 Bfg. Voreinsendung oder Nachnahme O. Fischer, Berlin-Ralenses, Warfgrat-Abrechtstr. 4. Postfach 62/40, Berlin. (2940)

Universal - Waschpasta
genehmigt vom R. A. Zr. Nr. 50.—
Sohrpasta, vorzüglich schäumend,
Lederrett, Schuhcreme, Carbolinum
in hervorragenden Qualitäten prompt lieferbar.
Tüchtige Vertreter gesucht.
2941 C. Hauschild, Altenburg S/A.

Arbeiterrat.

Mittwoch, den 4. Juni, abds. 8 Uhr:

Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1.

Tagesordnung:

1. Die Aufgaben der Räte.
2. Ansprache.

Referent: Herr Ingenieur Fr. Ehrecke, Berlin.

Um vollständiges Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter - Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitgliederversammlung

am Dienstag, dem 3. Juni, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Verbandstage in Kiel. Stellung von Anträgen hierzu.
2. Kartellbericht. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
3. Anstellung evtl. Wahl eines Geschäftsführers.
4. Innere Verbandsangelegenheiten.

2961)

Die Ortsverwaltung.

Kücknik - Siems.

Hochofenwerk - Kolonie.

Morgen,

Dienstag abends 7 1/2 Uhr:

Öfftl. Volksversammlung

im Saale des Herrn Dieckelmann.

Tagesordnung:

1. Die Sozialisierung der Produktion.
2. Freie Aussprache.

Referent: Ingenieur Genosse F. Ehrecke, Berlin.

Zahlreiches Erscheinen ermartet

(2968)

Der sozialdem. Verein.

Handelsangestellte.

Nächste

öffentliche Berichterstattung

des Tarifauschusses über das Ergebnis der weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern

Dienstag, den 3. Juni, abds. 7 Uhr,

im Kolosseum.

Inbesondere wichtig ist das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen vom Großhandel, Kleinhandel, Schifffahrt und Expedition.

(2964)

Der Tarifauschuß

des Gewerkschaftsbundes laim. Angestellten-Verbände

und der

Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände.

Central - Hallen.

Morgen Dienstag:

(2975)

Gr. Tanz-Kränzchen. (Gr. Orchester.)

Konzerthaus Fünfhausen

Dienstag, den 3. Juni:

Vornehme Ballmusik. Anfang 6 Uhr.

2987) Jeden Sonntag: Tanzkränzchen. A. W. Neumann.

METROPOL.

Ab Freitag, den 30. Mai bis Samstag, den 5. Juni: Ein Filmwerk der Kinetograph, welches in allen Städten nur ausverkauft Häuser brachte.

(2968)

Die Prostitution.

Sozialhygienisches Filmmotiv in 1 Vorpiel und 6 Akten.

Mit wissenschaftlicher Unterstützung von Sanitätsrat

Dr. Magnus Hirschfeld.

Hauptrollen: Werner Krauss und Rita Clermont.

Vorführung um 4, 6 und 8 Uhr.

Neues Lichtspiel-Theater.

Spannende Szenen, sensationelle Handlung, erstklassige Darbietung, diese drei Vorzüge sind vereint im Film:

Seine Liebe war mein Tod.

Drama in 4 Akten. Verfaßt von Gertrud Scholz.

In der Hauptrolle mit der vorzüglichsten Künstlerin

Ally Kolberg.

Der Paradiesvogel.

Schauspiel in 3 Akten.

Dieses spannende Schauspiel wird von den besten Soubretten der Schauspieler in bewundernswürdiger Weise gespielt.

Die Braut auf 24 Stunden.

Lustspiel in 3 Akten. In der Hauptrolle

Hedy Ury.

(2964)

Ganz besonders preiswerte Damenhüte

Hübsche Rundform

aus Litze, mit Band und Flügel garniert

9.75

Große fescie Ligenform

garniert mit Blumen und Band

7.50

Jugendliche Bastglocke

garniert mit Blumen und Band

8.50

Vornehmer Frauenhut

aus Bast, mit Blumen und Band garniert

13.50

Fescher Reisehut

mit buntem Band garniert

6.75

Eleganter Palmhut

mit Ripsband garniert

12.75

Matelot - Hüte

prima Geflechte, geflecht einfarbig und zweifarbig

von 7.25 \mathcal{M} an

Im Erfrischungsraum

Spezialitäten:

- Prima Schokoladen-Eis, Portion 1.25 \mathcal{M}
- Vanille-Eis 1.25 \mathcal{M}
- Bohnenkaffee 1.25 \mathcal{M}

RUDOLPH

KARSTADT

Ia. Kiefern-Brennholz Ia.

Es treffen jetzt fortlaufend große Mengen für mich ein und empfehle davon ohne besondere Kosten frei Haus: Kleingespalten (zum Anheizen fertig) sackweise, in Kloben von 20 cm Länge zentnerweise, und in im jedes Quantum, auch waggonweise, zu billigsten Tagespreisen.

Johs. Mustin, Kohlen- u. Holzhandlung en gros, Warendorffstr. 14-22. Febr. 2740.

„Freie Jugend“

Eine öffentl. Jugendversammlung findet am 5. 6. (Donnerstag) im Gewerkschaftshaus statt.

Thema: Was will die Arbeiterjugend und was trennt uns von den bürgerlichen Bewegungen.

Referent: Genosse Albrecht (Hamburg). Jugendlige erscheint in Massen und sorgt dafür, daß keiner fehlt.

(2978)

Künstl. Zähne-

Reparaturen, Umarbeitungen. Solide Preise. (2974) Niemann, Adlerstr. 48.

Achtung!

Raus Handstandslumpen, Bfd. 15 Bfg. frei Haus, hole jederzeit Bestellungen ab, auch Papier zahle die höchsten Tagespreise. Postkarte wird vergütet.

H. Zölck, 2945) Sauer-Lothberg 34.

Uhren-Reparaturen.

Billige Preise. (2988) Große Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren. Hermann Voß, Uhrmacher, Breite Straße 54 u. Hüxstraße 71.

Handstandslumpen, Bfd. 12 Bfg. aufwärts, Stutz-Pferdehaare, Bfd. 10 Bfg. aufwärts, Eisen, Metall, Papier, Zeitung, Knochen, Käh-, Mähnen- u. Schweinehaare laut zu höchsten Tagespreisen. (2989) Tel. 2902. Waisenhoffstr. 25

Deutscher Transportarbeit. - Verb.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung

der Kohlenplatarbeiter und Rutscher

am Dienstag, dem 3. Juni, abends 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Stellungnahme zum Kohlenarif.

Mitgliedsbücher sind vorzulegen.

Die Ortsverwaltung.

Versammlung

sämtlicher in der Schleppschiffahrt beschäft. Schiffer, Maschinisten, Schuten- und Decksleute

am Dienstag, dem 3. Juni, abends 8 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Tages-Ordnung:

Bericht der Kohntommission.

2965) Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Lübeck.

Distrikt Schlutup.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 3. Juni, abends 7 1/2 Uhr

im Lokale von A. Saborowski (Gasthof zur Linde) in Schlutup.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

2968) Die Distriktsleitung.

Marmorsaal.

Morgen

Dienstag, den 3. Juni, 8 Uhr:

Ernst-Albert-Abend

Humor in der Natur.

Alle Vorträge neue Schlager! Vorkauf: Ernst Robert, Kunstal-Handl., Breite Straße, 8 A, 2 A, 1 A. (2972)

HANSA THEATER

Dienstag, abends 8 Uhr:

Das fabelhafte Militär-Ausstattungsstück!

„Krone

und

Fessel“

Mittwoch: 2958

„Krone und Fessel“.

Stadthallen - Theater

Lübeck. 2954

Montag, den 2. Juni, abends 7 Uhr:

Großes Konzert

Dienstag, den 3. Juni:

Die geschiedene Frau.

Mittwoch, den 4. Juni, nachmittags 4 Uhr:

Großes Konzert

Abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher

Stöckdorf 7, Schwartau 5, Sijel 4, Stölin 2, West-Ratkau 6, Ruvau 5, zusammen 86 Vertreter, während die Bürgerlichen 96 und die U. S. P. 2 Vertreter aufweisen. Flugblätter wurden bei der Nationalwahl 48 000 Stück verteilt. Genosse Fiedl wies wiederholt auf eine rührigere Agitation hin, die sich insbesondere auch auf die Jugend zu erstrecken habe und gab an Stelle des Kassierers J. Bull, der seinen Posten niedergelegt hat, anschließend den Kassierbericht für 1918/19. Der Kassierbericht schließt mit einer Einnahme von 7508,97 Mk. ab, denen 7498,70 Mk. Ausgaben gegenüberstehen. Um den Unkosten zu weichen, hat der Zentralvorstand mit der Kontrollkommission beschlossen, einen Extrabeitrag von 1 Mark von den männlichen Mitgliedern zu erheben. Dieser Beitrag ist voll an die Zentralkasse abzuführen.

Genosse W. H. Grabbert-Rensfeld gibt den Bericht der Kontrollkommission, der zu Beanstandungen keinen Anlaß gab. Eine frühzeitige Abrechnung der Ortsvereine sei zu wünschen.

In der Diskussion wünschte u. a. Genosse Aug. Grabbert-Rensfeld eine bessere Ausgestaltung des Zentralvorstandes, um den Aufgaben der Partei gerecht werden zu können. Ferner bedauerte Redner die geringe Abonnentenzahl des „Volksboten“. Sein Besatz allein umfasse die Hälfte der Abonnenten. Die Jugendbewegung müsse sich in Angriff genommen werden.

Genosse Stellung-Lübeck kritisierte die mitunter schlechte Teilnahme am Versammlungsleben. Eine klare, zielbewusste Aufklärung der Jugend im Sinne unseres Programms müsse einbezogen werden. Die Presseerweiterung so möglich sei, resultiere insbesondere auch aus der schlechten Bahnverbindung. Notwendig seien hier neue Maßnahmen, die der Redner eingehender auseinandersetzt. Für die „Gleichheit“, die jetzt für die Frauen besonders gut redigiert sei, müßten neue Leistungen gewonnen werden.

Genosse Lips-Altona erkennt den Fortschritt im Parteileben der Provinz an und muntert zu weiterer Arbeit auf, da wir jetzt mit den größten Erfolgen nie zuriücken sein dürfen. Ein Ausgleich zwischen Mitgliedern, Wählern und Zeitungslesern müsse geschaffen werden. Zu empfehlen für die Gemeindevertreter sei die „Kommunale Praxis“. Eine theoretische Vertiefung der Mitglieder auf allen Gebieten sei notwendig, wozu die „Kreuzzeitung“ gute Dienste leiste. Die Bildungsbestrebungen müßten auf allen Gebieten einsehen. Notwendig sei ferner eine eifrige Mitarbeit der Gemeindevertreter an der Presse.

Genosse Thätner-Ahrensbohl wünscht schnellere Expedition des „Volksboten“.

Genosse Bauer-Lübeck ersucht die Delegierten dringend, dafür zu sorgen, daß der Redaktion aus den einzelnen Orten Beiträge über wichtige Vorkommnisse aus ihrem Orte zugehen. Dadurch würde das Interesse an der Zeitung wesentlich gefördert werden.

Genosse Karl Fiedl-Stöckdorf regt Einigungsverhandlungen mit der U. S. P. an.

Genosse G. H. Meudorf trat für tatkräftige Aufklärungsarbeit bei unserer Jugend ein. Wir dürften dabei nicht rechts und links zuschauen, und müßten den klaren Weg der Arbeiterpartei demokratische einschlagen.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zum deutschen und Bezirksparteitag wird beschlossen, von der Besichtigung des deutschen Parteitagestandes zu nehmen. Zum Bezirksparteitag sollen 6 Delegierte entsandt werden. Die Ortsvereine haben bis zum 10. Juni ihre Vorschläge dem Zentralvorstand einzureichen. Das Wahlergebnis muß ihm spätestens am 25. Juni mitgeteilt sein. Spätere Resultate können nicht mehr berücksichtigt werden.

Eutin beantragt ein sozialdemokratisches Hilfswerk für unsere Kriegs- und Zivilgefangenen ins Leben zu rufen. Dieser Antrag zum Festtag wird vom Genossen G. H. Meudorf begründet. Man glaubt damit der bürgerlichen Agitation entgegenzutreten. — Genosse Stellung erkennt den guten Gedanken an, spricht sich aber für gemeinsame Hilfeleistung aus. Notwendig sei allerdings, daß wir uns genügenden Einfluß bei dem Hilfswerk sichern. Unsere Gefangenen müßten ganz gut, daß die Sozialdemokratische Partei für sie eingetreten sei. Der Antrag wird abgelehnt. Ein

weiterer Antrag von Eutin fordert ein Gesetz, daß die Stellungen der Unabkömmlichen und Drückberger durch bisherige Kriegsgefangene besetzt werden. Der Antrag wird abgelehnt. Ferner wendet sich ein Antrag Eutin gegen die Freiwilligentrupps. Von Stöckdorf ist ein ähnlicher Antrag gestellt; er wünscht eine Volkswehr nach Schweizer Muster. Die Eutiner Genossen ziehen ihren Antrag zugunsten des von Stöckdorf gestellten zurück, der angenommen wird. — Ost-Ratkau fordert Beseitigung der Badegasse mit Lebensmitteln nach denselben Grundsätzen wie die übrige Bevölkerung durch die Händler. Ein Genosse aus Ratkau begründet diesen Antrag und weist dabei auf die traurigen Zustände im vergangenen Jahre hin. Genosse Karl Fiedl fordert die Genossen auf, in den Gemeinden selbst tatkräftige Maßnahmen und Kontrolle zu halten. Auch Genosse Kettehohn läßt sich in diesem Sinne aus. Er wundert sich nur, daß jetzt dieselben Genossen mit Beschwerden auftreten, die im Arbeiterrat in Eutin dagegen protestiert haben, weil die Badeorte noch nicht eröffnet worden seien. U. a. erklärt Fiedl-Ratkau, sie seien hauptsächlich für die Saisonöffnung eingetreten, damit die kleinen Leute, die Wohnungen vermieten, nicht gefährdet werden. — Der Antrag wird zurückgezogen, nachdem auf eine scharfe Kontrolle hingewiesen wird. — Ein Antrag Sorek, den Bosen für das Einkassieren der Extrabeiträge ebenfalls eine Vergütung zu gewähren wird abgelehnt.

Der weitere Tagesordnungspunkt betrifft die Landesauswahlwahlen für die Provinz Lübeck. Genosse Heinrich Fiedl fordert hierbei allgemeine Volkswahlen, die von der Sozialdemokratie beantragt seien. Der Provinziallandtag habe seine Befugnisse nicht ausgenutzt. Gleichzeitig streift Redner die Frage einer Neuwahl der Arbeiterräte. Die Aussprache hierüber ergibt, daß die Wahlen erst vorgenommen werden sollen, wenn die endgültigen Gesetze hierüber herausgekommen sind, da die bürgerlichen Parteien durch die Neuwahlen verunsichert, die Ergebnisse der Revolution auszumergen. Sollten zum Landesauswahl nach Wahlen vorgenommen werden, die nicht den Grundsätzen der Nationalversammlung entsprechen, müsse man sie zu verhindern suchen. Einen Abklatsch der preussischen Kreiswahlwahlen wolle man nicht haben. Die Genossen müßten sich geschlossen hinter den Arbeiterrat stellen, um den bürgerlichen Parteien zu zeigen, daß sie nicht gewillt seien, sich die letzten Rechte nehmen zu lassen. Folgende Resolution wird angenommen:

Die am 1. Juni 1919 in Scharbeutz tagende Kreis-Generalversammlung der Sozialdemokratie der Provinz Lübeck nimmt Stellung zu den Landesauswahlwahlen und verlangt unter allen Umständen, daß die Wahlen nicht vom Gemeinderat, sondern von den gesamten Landesbewohnern auf Grund der Verhältnisse gewählt werden. Sollte der Landtag wider Erwarten im Sinne der ihm vorliegenden Vorlage beschließen und die Gemeinderäte mit der Wahl beauftragen, so sieht sich die gesamte Arbeiterpartei sowohl wie die Gemeindevertreter veranlaßt, die Wahl unter allen Umständen zu verhindern.

Dem Punkt: Abrechnung der Provinz Lübeck vom Freistaat Oldenburg erstattet Genosse Stellung ein kurzes Referat, in dem er auf das wahrscheinliche Bestehenbleiben der Gliedstaaten hinweist, obwohl ein Einheitsstaat das Beste wäre. Für die Provinz Lübeck sei die Entscheidung nicht allzu schwer. Wenn später der Einheitsstaat doch kommen sollte, wäre es vorteilhaft, wenn ein größeres Hinterland zum übrigen Stadtgebiet zählen würde. Das Wirtschaftsleben und die Industrie werde sich weiter ausdehnen und zum Vorteil der angeschlossenen Landgebiete sein. Redner gibt weiterhin Aufschluß über die lübischen Steuerverhältnisse und die sonstigen für den Anschluß an Lübeck sprechenden Gründe und legt folgende Resolution vor:

Die Generalversammlung des Zentralvereins der sozialdemokratischen Partei der Provinz Lübeck erklärt, daß sie nach eingehender Prüfung der Sachlage, der Bevölkerung der Provinz Lübeck empfiehlt, sich bei einer Abstimmung über die fernere Zugehörigkeit der Provinz für einen Anschluß an den Freistaat Lübeck zu erklären.

Die Genossen H. Fiedl und Heinsel-Schwartau sprechen sich im Sinne dieser Resolution aus; letzterer insbesondere betont, daß ein Anschluß an Lübeck gerade für die Arbeiterpartei von Vorteil wäre. Wulf-Malente bedauert, daß in dieser Beziehung von sozialdemokratischer Seite so wenig gesehen sei. Das nördliche Gebiet habe man überhaupt ganz vergessen. Genosse G. H. Meudorf tritt für einheitlichen Anschluß der Provinz ein. Genosse G. H. Meudorf wies auf das steuerliche Interesse hin, von dem sich gewisse Kreise im Bürgertum an einem Anschluß leiten lassen, worauf Genosse Stellung erklärte, daß wir keinen Anlaß hätten, uns vor den bürgerlichen Interessentenwagen spannen zu lassen. Die Resolution von Stellung wird angenommen.

Bei der Besprechung über eine Gemeindevereiner-Konferenz wurde die Notwendigkeit einer solchen allgemein anerkannt, doch bereitet die Kostenfrage große Schwierigkeiten. Die Parteikasse könne die Mittel nicht aufbringen, dies müsse Sache der Ortsvereine sein. Die Einberufung der Konferenz wird gutgeheißen.

Die Wahlen ergeben als Vorort wieder Stöckdorf. Der Zentralvorstand wird auf 7 Mitglieder erweitert. Gemählt werden als 1. Vorsitzender Genosse Heinrich Fiedl, als 2. Vorsitzender Genosse G. H. Meudorf und als Kassierer Genosse Theodor Fiedl. Als Ort der Kontrollkommission wird Schwartau-Rensfeld wieder bestimmt.

Im Verchiedenen nimmt Genosse Stellung noch Stellung zum Friedensvertrag und stellt folgende Resolution, die einstimmig angenommen wird:

Die Generalversammlung des Zentralvereins der sozialdemokratischen Partei der Provinz Lübeck, die rund 2500 Genossinnen und Genossen vertritt, protestiert auf das entschiedenste gegen den sogenannten Friedensvertrag, den die Entente Deutschland aufzuerlegen beabsichtigt. Ein solcher Frieden wäre ein Hohn auf die Wilsonschen Grundsätze, auf Menschlichkeit und Gerechtigkeit und würde namenlosen Elend für weite Kreise der deutschen Bevölkerung bedeuten. Die Generalversammlung erwartet von den Völkern, insbesondere den Sozialisten der Entente, daß sie alles daransetzen, um einen Frieden der Verbündigten herbeizuführen.

Der Vorsitzende empfiehlt eine umfassendere Agitation hauptsächlich auch für die entlegeneren Gemeinden und dort, wo neue Organisationen entstanden sind. Eine zweckmäßigere Organisationsteilung wird vom Genossen Thätner empfohlen und vom Genossen Aug. Grabbert und anderen unterstützt. Der nördliche Teil der Provinz fühlt sich in der Referenzteilung benachteiligt. Vom Vorsitzenden erfolgt hierüber Klarstellung. Verlangt wurde ferner, daß von Lübeck aus in Anbetracht des kommenden Anschlusses keine kriegsmütterliche Behandlung eintritt. Nach einer Anregung des Genossen Karl Fiedl für Einigung der Arbeiterpartei schloß Genosse Heinrich Fiedl mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie die in bester Eintracht verlaufene Generalversammlung abends 1/2 6 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Ausfaltungen in Dänemark. Empörende Mißhandlungen eines Zeitungsredakteurs und eines Lederhändlers, der angeblich städtischer Betagordner ist, werden aus Preußisch-Holland (Ostpreußen) gemeldet. Nach einer Versammlung der Transportarbeiter bemächtigten sich junge Russen dieser beiden Männer, mißhandelten sie und warfen sie in den Mühlengraben. Die beiden wurden immer wieder ins Wasser geworfen und schließlich schwerverletzt geborgen. Regierungstruppen stellten die Ordnung her. 17 Personen, darunter 3 Frauen, wurden verhaftet.

Schweres Eisenbahnunglück in Westarabien. Nach einer Budapest Meldung fand auf dem Bahnhof von Bender ein Eisenbahnunglück statt. Achtzehn Eisenbahnwagen wurden zertrümmert. Elf tote und vierzig Verwundete wurden geborgen, größtenteils englische und französische Offiziere.

Bekanntmachung.

Die Zwischenscheine der IX. Kriegsanleihe

für die 4 1/2% Schatzanweisungen können vom 4. Juni ab,
für die 5% Schuldverschreibungen vom 23. Juni d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinscheinen umgetauscht werden.
Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum 5. Dezember 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.
Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.
Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Juni 1919.

Reichsbank-Direktorium.

Savenstein. v. Grimm. 2907

Ausgabe von Futterhafer.

Vom 1. Juni 1919 ab werden auf die Ausweise zum Bezug von Futterhafer für diejenigen Pferde, welche bisher 2 1/2 Pfund auf den Tag erhalten haben, 2 Pfund Hafer und für diejenigen, die bisher 1 1/2 Pfund erhalten, 1 Pfund Hafer auszugeben. Für die in landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben gehaltenen Pferde wird überhaupt kein Futterhafer mehr verabfolgt.
Als Ergänzungen auf Antrag Weizenkleie, Trodenreben, Dorschenspross und andere Futtermittel verabfolgt. Die Anträge sind an der Geschäftsstelle, Breite Straße 40, anzubringen.
Lübeck, den 30. Mai 1919. (2945)

Das Landesverjorgungsamts.

Stockelsdorf. Sozialdemokratischer Verein

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, dem 3. Juni
abends 8 Uhr
im Lokale von Krüger
Fackenburg.
Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Der Vorstand. (2969)



Der Glanz bleibt

auch bei nassem Wetter auf Ihren Schuhen, wenn Sie Dr. Gentner's Oelwachslederputz

Nigrin

verwenden, denn Nigrin ist wasserbeständig, während gewöhnliche Wassercreme sich im Regenwasser schwarz auflöst und alles beschmutzt. 2986

Hersteller, auch des so beliebten Parfett- und Schuhwachs „Robert“: Carl Gentner, Göppingen (Württbg.)

Dem geehrten Publikum sowie den Geschäftsteuten von Lübeck und Umgegend hierdurch zur gefl. Kenntnis, daß ich das

Roll- u. Bloßfuhrwesen der Firma H. F. Meiners,

hier, käuflich erworben habe und empfehle mich zur Übernahme jeglicher Transporte angelegentlich.
Für prompte und gewissenhafte Erledigung werde ich stets Sorge tragen und bitte mein Unternehmen gütigst zu unterstützen. Hochachtungsvoll (2946)

Wilhelm Wigger, Roll- und Bloßfuhrwesen.
Moislinger Allee 51. Telephon 733.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Lübeck.

Versammlung

am Dienstag, dem 3. Juni
abends 6 Uhr
im Lokale
„Zur schwarzen Dohle“
Hundestraße.
Tagesordnung:
Stellungnahme zur Gaukonferenz und Berichte.
Um zahlreiches Erscheinen erucht
2959) Die Ortsverwaltung.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Achtung, Mitglieder von Stockelsdorf u. Umg.!
Bis zum 4. Juni liegen die **neuen Kundenlisten** aus. Alle Mitglieder und Verbraucher, die ihren Konsumverein fördern wollen, bitten wir, sich rechtzeitig in die Listen unserer Warenabgabestellen einzutragen.
2943) Der Vorstand.

Verband der Maler!

Versammlung
am Mittwoch, dem 4. Juni
abends 8 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Stichwahl eines Delegierten zur Generalversammlung zwischen Prahls-Flensburg und Kopp-Lübeck.
Bericht des Lehrlingsausschusses und Aussprache über Fortbildungsschule.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen
2957) Der Vorstand.